Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.25 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.00 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk., durch den Briefträger frei Haus vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auerbach und dem Bezirk Schwarzenberg 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Kleinanzeigen für Auerbach und den Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 267 | Freitag, den 15. November 1918 | 13. Jahrgang

Vorwärtsenthüllungen über die Ursachen der Revolution.

Eine neue Regierung in Sachsen.

Zur inneren Lage.

Die neue Regierung an das preußische Volk.

Die neue preußische Volksregierung, bestehend aus Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Harnisch, Adolf Hoffmann, erläßt eine umfangreiche Kundgebung an das Preußische Volk, in der sie zunächst alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, in ihren Rechten bestätigt und in der sie dann von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen gestellt sieht, folgende hervorhebt: Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen. Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule. Schaffung der Einheitsschule. Befreiung der Schule von aller kirchlichen Bevormundung. Trennung von Staat und Kirche. Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung der Gutsbezirke. Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper. Raschester Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe. Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Bemerkenswert ist es, daß, wie das „V. T." meldet, die beiden einzigen bürgerlichen Minister Fischbeck und Spahn den Aufruf nicht unterzeichnet haben.

Keine besondere Rote Garde.

Der Vollzugsrat des A.- und S.-Rates in Berlin erläßt folgende Bekanntmachung: In Erwägung, daß durch die Bildung einer besonderen Roten Garde in Zivilkleidung außerhalb der bestehenden Truppenkörper bei den Soldaten der Berliner Garnison ein Mißtrauen in die revolutionäre Zuverlässigkeit der Truppen ausgedrückt sei, während andererseits die Truppen in einstimmigem Beschluß ihrer Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat sich bereit erklärt haben, jederzeit auf Anordnung des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialistischen Republik Blut und Leben zu lassen, beschloß der Vollzugsausschuß: die Bildung einer Roten Garde ist vorläufig einzustellen.

Ausdehnung der Amnestie.

Wie verlautet, schweben zurzeit Erwägungen, die bisher erlassene Amnestie im Reiche auch auf andere Vergehen, also nicht nur politische Vergehen, auszudehnen, wenn in dem Urteil ausdrücklich anerkannt wird, daß als Milderungsgrund eine durch die Kriegsverhältnisse verursachte Notlage vorliegt.

„Ein freies Hannover."

Die deutsch-hannoverschen Reichstagsabgeordneten Freiherr v. Scheele-Schelenburg, Ludwig Alpers, Graf v. Bernstorff-Wehningen, Colshorn, Freiherr v. Wangenheim-Wale erlassen an „alle Hannoveraner" einen Aufruf, in dem sie „im freien Deutschland ein freies Hannover" fordern. Unter den gleichberechtigten deutschen Bundesstaaten müsse auch Hannover-Land die ihm gebührende Stellung wieder einnehmen und Hannovers Schicksal müsse geleitet werden von einer Regierung, die sich entsprechend dem Willen des Volkes zusammensetze.

Die Thronverzichtserklärung des Bayernkönigs.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Dem Ministerium des Volksstaates Bayern ging folgende Erklärung zu: „Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Volk meines geliebten Bayerns war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueides. Am 13. November. Ludwig." — Auf diese Kundgebung wurde folgende Antwort erteilt: „Der Ministerrat des Volksstaates Bayern nimmt den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen."

Eine bürgerlich-sozialistische Regierung in Anhalt.

Nach dem Thronverzicht des anhaltischen Herzogs geht die Regierungsgewalt auf einen Staatsrat über, der aus vier Sozialdemokraten, einem Nationalliberalen, einem Freisinnigen und einem bürgerlichen Demokraten besteht. Der Vorsitzende dieses Kabinetts ist Abgeordneter Wolfgang Heine, der Vertreter des ersten anhaltischen Wahlkreises im Reichstage.

Neue Regierungsmänner.

Als sechstes Mitglied tritt in das preußische Kabinett der Berliner Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld von der Unabhängigen Sozialdemokratie. In das preußische Ministerium des Innern, das von dem Sozialisten Paul Hirsch geleitet wird, tritt als Unterstaatssekretär der Unabhängige Sozialdemokrat Dr. Rudolf Breitscheid.

Auch Baden Republik!

Die badische vorläufige Volksregierung erklärte: 1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet. 2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung. 3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist. 4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung. 5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919 gewählt. Sie tritt innerhalb 10 Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen. 6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl Badener sind.

Vorberatungen zur Nationalversammlung.

Die Reichsregierung in Berlin ist an eine größere Anzahl Parlamentarier der bürgerlichen Parteien mit der Frage der bevorstehenden Einberufung der Nationalversammlung herangetreten. Die Wahlen für die Nationalversammlung sollen auch für das zum bisherigen Reiche gehörige Reichsland Elsaß-Lothringen ausgedehnt werden.

Weitere Thronverzichte.

Gemäß Beschluß des Ministeriums hat der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für sich und sein Haus auf den großherzoglichen Thron verzichtet. — Wie den Abgeordneten des gemeinschaftlichen Landtages mitgeteilt wurde, hat Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha dem Throne entsagt. — Der Fürst von Waldeck-Pyrmont lehnte es ab, freiwillig zurückzutreten und wurde deshalb für abgesetzt erklärt.

Die Lebensmittelhilfe für die Mittelmächte.

Wilson zur Lebensmittellieferung bereit!

In Rotterdam wurde folgender Funkspruch des schweizerischen Gesandten in Washington an das Ministerium des Aeußern in Bern aufgefangen:

Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt, die Ihr Kabel Nummer 57 enthielt, und Staatssekretär Lansing ersuchte mich, folgende Antwort zu übermitteln:

In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der assoziierten Regierungen in dem obersten Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittemächte versichert haben, daß alles, was unter den Umständen möglich ist, geschehen wird, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern, die an vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelbare Schritte getan werden sollen, um diese Unterstützungen in derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle mit Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Ansicht aus, daß mit Hilfe des stillliegenden Schiffsraumes der Mittemächte es alsbald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung von der Furcht vor völliger Verelendung zu befreien und ihren Sinn und ihre Energie für die großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues freizumachen, denen sie überall gegenüberstehe. Dementsprechend beauftragte mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit ist, die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollende Erwägung zu ziehen, und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin ist und bleibt und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist.

(gez.) Sulzer, schweizerischer Gesandter.

Erklärung im englischen Unterhause.

Im Laufe der Debatte am Mittwoch über die Kreditvorlage im englischen Unterhause sagte der Lebensmittelkontrolleur Clynes, die Kontrolle über die Vorräte und die Preise müssen bestehen bleiben, bis normale Zeiten gekommen seien. Der Sieg lege den Alliierten ebenso Verpflichtungen auf wie der Krieg. Sie hätten die Pflicht, die notleidenden Länder zu ernähren, und es sei eine Genugtuung für ihn, daß es ihm zusammen mit dem Lebensmittelkontrolleur der Vereinigten Staaten, Hoover, möglich gewesen sei, eine internationale Organisation zu schaffen, durch welche dem hungernden Feinde Hilfe gebracht werden könne. Die Alliierten und Neutralen hätten natürlich den Vorrang; aber der Sieg habe den Alliierten die Pflicht auferlegt, für die sofortigen Bedürfnisse des hungernden Feindes zu sorgen. Das Lebensmittelministerium sei darüber unterrichtet, was die hungernden Nationen brauchen, und es werden Maßnahmen zu rascher Hilfeleistung getroffen werden.

Deutsche Schiffe zur Versorgung des Weltmarktes mit Lebensmitteln.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" verlautet in holländischen Schiffahrtskreisen, daß die Alliierten alle deutschen Schiffe auf bestimmte Zeit zu chartern beabsichtigen, um mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung der ganzen Welt in die Hand zu nehmen. Die Kriegsentschädigung werde sich um den Betrag dieser Schiffe weiter verringern.

Ein Hilferuf der deutschen Katholiken an den Papst.

Die „Kölnische Volkszeitung" veröffentlicht einen Hilferuf der deutschen Katholiken an den Papst, in welchem diese ihn bitten, sich für eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen einzusetzen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Die Schweizer Regierung hat, wie gemeldet wird, sich bereit erklärt, nach den besten Kräften Deutschlands Volksernährung sichern zu helfen und der deutschen Volksregierung zu diesem Zweck Unterstützung angedeihen zu lassen.

Zum Waffenstillstande.

Die Verhandlungen mit Foch.

Im Echo de Paris gibt Hutin Einzelheiten über die Besprechungen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes voraufgegangen sind. Die Besprechungen zwischen Foch und den deutschen Abgesandten fanden in Fochs Salonwagen statt, der bei Rethondes stand. Die Verhandlungen dauerten von nachts 1 Uhr bis morgens 5 Uhr. Den deutschen Abgesandten wurde auf ihr Verlangen, daß einige Hauptpunkte, die große Härten aufwiesen, gemildert würden, geantwortet, daß Bismarck Frankreich ebenfalls harte Bedingungen auferlegt hatte, die angenommen werden mußten. Erzberger unterzeichnete die Bedingungen standhaft, General Winterfeld tränenden Auges.

Aus Paris wird gemeldet: Marschall Foch hat der Mission, die sich in Spaa befand, folgende Forderungen zugestellt: Die deutschen Behörden sind zu ersuchen, daß vor Ausführung des Artikels 1 der Waffenstillstandsbedingungen sich die Vertreter des deutschen Heeres am

SLUB
Wir führen Wissen.